

Merkpostenliste zum Antrag auf Genehmigung gemäß § 25 StrlSchG für die genehmigungsbedürftige Beschäftigung in fremden Anlagen oder Einrichtungen

Der Antrag muss ausweisen, dass die Genehmigungsvoraussetzungen des § 13 Abs. 1 Nr. 1 bis 4 und Nr. 6a StrlSchG¹ erfüllt werden. Folgende Angaben des Antragstellers sind erforderlich:

1. Verwendungszweck

Darlegung der beabsichtigten Beschäftigungen in fremden Anlagen oder Einrichtungen, geplante Arbeitsvorhaben (Gewerke, Einsatzorte). Bei Sonderfällen z. B. der gewerbsmäßigen Arbeitnehmerüberlassung nach AÜG² ist eine Kopie der entsprechenden Erlaubnis beifügen.

2. Antragsteller

2.1 Name und Anschrift des Unternehmens (Strahlenschutzverantwortlicher - SSV - gemäß § 69 Abs. 1 Nr. 1 StrlSchG)

2.2 Kopie der Eintragung ins Handelsregister (bei Personen- und Kapitalgesellschaften) bzw. in der Handwerksrolle

2.3 Betriebsnummer gemäß § 18i SGB IV³ (8-stellige Zahl der Bundesanstalt für Arbeit)

2.4 Die Aufgaben des Strahlenschutzverantwortlichen gemäß § 69 Abs. 2 StrlSchG nimmt wahr

Bei juristischen Personen ist dies eine zur Vertretung berechtigte Person, z. B. bei GmbH einer der Geschäftsführer, bei AG einer der Vorstände. Bei einer GbR ist eine Erklärung aller Gesellschafter abzugeben, welcher Gesellschafter die Aufgaben des Strahlenschutzverantwortlichen wahrnimmt.

Erforderliche Angaben:

- Name, Vorname
- Geburtsdatum, -ort; Staatsangehörigkeit
- Anschrift
- Kontakt (dienstlich): Telefon, Fax, E-Mail
- Nachweis der Fachkunde im Strahlenschutz und der notwendigen Aktualisierungen (sofern vorliegend und sofern nicht Aufgaben und Befugnisse auf Strahlenschutzbeauftragte übertragen wurden, vgl. 3)

¹ Gesetz zum Schutz vor der schädlichen Wirkung ionisierender Strahlung (Strahlenschutzgesetz - StrlSchG) vom 27. Juni 2017 (BGBl. I S. 1966) in der derzeit geltenden Fassung

² Gesetz zur Regelung der Arbeitnehmerüberlassung (Arbeitnehmerüberlassungsgesetz - AÜG) vom 3. Februar 1995 (BGBl. I S. 158) in der derzeit geltenden Fassung

³ Sozialgesetzbuch (SGB) Fünftes Buch (V) - Gesetzliche Krankenversicherung - (Artikel 1 des Gesetzes vom 20. Dezember 1988, BGBl. I S. 2477) in der derzeit geltenden Fassung

Die zur Vertretung berechnigte Person hat ein Führungszeugnis der Belegart O zu erbringen (ausgenommen sind Angestellte oder Beamte im öffentlichen Dienst).

3. Strahlenschutzbeauftragte, Fachkunde und weitere Anforderungen

Strahlenschutzbeauftragte gemäß § 70 Abs. 1 bis 4, § 13 Abs. 1 Nr. 2 und 3 StrlSchG

- Name, Vorname
- Geburtsdatum, -ort; Staatsangehörigkeit
- Anschrift
- Kontakt (dienstlich): Telefon, Fax, E-Mail
- Nachweis der Fachkunde im Strahlenschutz und der notwendigen Aktualisierungen
- Kopie des Bestellungsschreibens, mit Angaben zum Umfang der Aufgabenübertragung (innerbetrieblicher Entscheidungsbereich)

Ist für die sichere Ausführung der Tätigkeit - insbesondere im Schichtbetrieb - die Bestellung mehrerer Strahlenschutzbeauftragter notwendig, sind die Vertreter des SSB entsprechend anzugeben.

Nachweis der erforderlichen Fachkunde im Strahlenschutz (§ 74 StrlSchG i. V. m. § 47 StrlSchV⁴)

Für Personen, die keine Bescheinigung der Fachkunde im Strahlenschutz besitzen, kann diese beim Sächsischen Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie, Referat 53: Strahlenschutz - Industrie, Medizin, Forschung (in Sachsen parallel zum Genehmigungsantrag) beantragt werden. Es sind die in der Richtlinie über die im Strahlenschutz erforderliche Fachkunde - Fachkunderichtlinie Technik⁵ genannten Berufsabschlüsse, Strahlenschutzkurse sowie ausreichende praktische Erfahrung (Sachkunde) im Umgang mit radioaktiven Stoffen nachzuweisen. Die Fachkunde im Strahlenschutz ist alle 5 Jahre zu aktualisieren. Es ist daher ggf. in der jeweiligen zeitlichen Abfolge die Aktualisierung der Fachkunde für einzelne Personen lückenlos nachzuweisen. Zu allgemeinen Informationen betreffend die Fachkunde im Strahlenschutz siehe unsere Website: <https://www.strahlenschutz.sachsen.de/fachkunde-und-kenntnisse-10964.html>.

Erforderliche Fachkundegruppe, notwendige Aktualisierungen

S5 - Genehmigungsbedürftige Beschäftigung in fremden Anlagen oder Einrichtungen (Kursmodule GG + FA sowie ggf. Aktualisierungskursmodule AR, AU, AFA nach Fachkunderichtlinie Technik; keine erforderliche Berufserfahrung bei der Verwendung dieser Vorrichtungen nach Fachkunderichtlinie Technik).

Bestellung zum Strahlenschutzbeauftragten

Die SSBs sind vom Vertretungsberechnigten des Strahlenschutzverantwortlichen schriftlich zu bestellen, wobei der innerbetriebliche Entscheidungsbereich festzulegen sind. Werden externe Strahlenschutzbeauftragte gebunden, so ist zusätzlich die vertragliche Bindung unter Angabe des Zeitraums vorzulegen.

⁴ Verordnung zum Schutz vor der schädlichen Wirkung ionisierender Strahlung (Strahlenschutzverordnung - StrlSchV) vom 29. November 2018 (BGBl. I S. 2034, 2036) in der derzeit geltenden Fassung

⁵ Richtlinie über die im Strahlenschutz erforderliche Fachkunde (Fachkunde-Richtlinie Technik nach Strahlenschutzverordnung) vom 21. Juni 2004 (GMBI. 2004, Nr. 40/41, S. 799), geändert durch Rundschreiben vom 19. April 2006 (GMBI. 2006, Nr. 38, S. 735)

4. Weitere vorzulegende Unterlagen

- Strahlenschutzanweisung
- Alarmierungsplan als Bestandteil der Strahlenschutzanweisung; insbesondere sind für den Umgang mit hochradioaktiven Strahlenquellen (HRQ) gemäß § 13 Abs.4 StrlSchG Verfahren für den Notfall und geeignete Kommunikationsverbindungen aufzuführen
- Verhaltensregeln und Maßnahmen bei Unfällen/Störfällen

Der Genehmigungsantrag ist durch den Strahlenschutzverantwortlichen bzw. den Vertretungsberechtigten des Strahlenschutzverantwortlichen zu unterzeichnen.

Diese Merkpostenliste ist kein Vordruck eines Genehmigungsantrags, sondern soll dem Antragsteller für die Erstellung des Antrags auf eine entsprechende Genehmigung die notwendigen Hinweise und Erläuterungen bieten. Der Genehmigungsantrag kann formlos, möglichst auf Kopfbogen, gestellt werden.

Bei Fragen wenden Sie sich gern an **Herrn Manfred Bergmann** (Tel.: 0351 2612-5309, E-Mail: Manfred.Bergmann@smul.sachsen.de) als zuständigen Ansprechpartner für die Beschäftigung in fremden Anlagen oder Einrichtungen.

Der Antrag ist in schriftlicher Form zu richten an:

Sächsisches Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie

Referat 53: Strahlenschutz - Industrie, Medizin, Forschung

Herrn Manfred Bergmann

Pillnitzer Platz 3

01326 Dresden